

Zeitschrift:	Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber:	Auslandschweizer-Organisation
Band:	48 (2021)
Heft:	4
Artikel:	Regenbogenfamilien sind längst Alltag - Jetzt hoffen sie auf mehr Anerkennung
Autor:	Rutz, Eveline
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-1052241

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Darum geht es bei der «Ehe für alle» unter anderem: Kinder von Regenbogenfamilien sollen besser abgesichert werden.
Foto Keystone



Regenbogenfamilien sind längst Alltag – Jetzt hoffen sie auf mehr Anerkennung

Den sogenannten Regenbogenfamilien wird in der Schweiz zunehmend tolerant begegnet. Ihnen naht jetzt eine wichtige Weichenstellung: Am 26. September entscheiden die Stimmberechtigten, ob homosexuelle Menschen künftig heiraten können.

EVELINE RUTZ

Familien, die nicht dem traditionellen Modell entsprechen, leben in der Schweiz offener als noch vor zehn, zwanzig Jahren. Gleichgeschlechtliche Paare erfüllen sich ihren Kinderwunsch. Lesben und Schwule, die zuerst einem konventionellen Lebensentwurf folgten, ouen sich und binden sich neu. Die reformierte Kirche erteilt Frauen- und Männerpaaren den Segen. Sogar einzelne katholische Seelsorger gehen diesen Weg, ganz im Widerspruch zur offiziellen Haltung ihrer Kirche. «Die Gesellschaft hat sich deutlich gewandelt», sagt Maria von Känel, Geschäftsführerin des Dachverbandes Regenbogenfamilien und Co-Präsidentin des Komitees «Ehe für alle». Dank der zunehmenden Akzeptanz seien Regenbogenfamilien im Alltag sichtbarer geworden. Ihre Bedürfnisse würden mittlerweile auch in konservativen Kreisen wahrgenommen.

Was die rechtliche Anerkennung diverser Lebensformen betrifft, ist die Schweiz gemächlich unterwegs. 2007 hat sie die eingetragene Partnerschaft eingeführt, 2018 die

Stiefkindadoption. Nun wollen Bundesrat und Parlament mit der «Ehe für alle» einen weiteren Schritt tun. Schwule und Lesben sollen künftig heiraten können. Sie sollen unter anderem bei der Einbürgerung, beim Erben, in der Altersvorsorge und bei Besuchen im Spital heterosexuellen Eheleuten gleichgestellt werden. Sie sollen ihren Zivilstand auf Formularen künftig als «verheiratet» angeben können.

Verheiratete Frauenpaare sollen zudem die Möglichkeit erhalten, in der Schweiz eine Samenspende in Anspruch zu nehmen. Ihre Kinder sollen ab Geburt die gleichen Rechte haben wie der Nachwuchs aus heterosexuellen Ehen. «Die Familien mit zwei Müttern sind da, sie sind mitten in unserer Gesellschaft und sie sind gleichwertig», sagt GLP-Nationalrätin Kathrin Bertschy, welche die Gesetzesänderung 2013 angestossen hat. Die Vorlage, die am 26. September zur Abstimmung gelangt, wirke wie aus der Zeit gefallen. Tatsächlich haben 28 andere Staaten die Ehe bereits für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet. Die Niederlande machte 2001 den Anfang.

Steiniger Weg durchs Parlament

In der Schweiz kam das Begehr vor über 20 Jahren erstmals aufs politische Parkett. Aber erst 2020 bekannten sich National- und Ständerat klar für die «Ehe für alle». Dass es zu diesem «Meilenstein» und «unglaublichen Fortschritt» kam – wie die Befürwortenden jubelten –, ist auch auf die neue Zusammensetzung des Parlaments zurückzuführen. Die gesellschaftsliberalen Kräfte hatten in den Wahlen 2019 deutlich zugelegt.

Die Schweiz habe Mühe mit gesellschaftlichen Reformen, sagt Kathrin Bertschy: «So vorteilhaft unsere Demokratie sein mag, schützt sie doch vor überhasteten Entscheiden, so schwer tut sie sich damit, gesellschaftlichen Wandel rechtzeitig in die Gesetzgebung zu integrieren.»

Konservativen Kreisen geht der Entscheid des Parlaments zu weit. Sie haben mehr als 60 000 Unterschriften zusammengetragen, damit das Volk das letzte Wort erhält. Sie argumentieren teilweise religiös: In der Bibel sei die Ehe ausschliesslich für heterosexuelle Paare vorgesehen. Sie sei die natürliche Lebensgemeinschaft, aus der Kinder hervorgingen. Am meisten stört die Gegnerschaft der Zugang zur Samenspende. Den so gezeugten Kindern werde der Vater vorsätzlich verwehrt, kritisiert sie. Das Kindswohl leide. Zudem seien weitergehende Forderungen, wie die Eizellenspende oder Leihmutterchaft, zu befürchten. «Das geht einfach viel zu weit», sagt Marianne Streiff, die bis im Juni dieses Jahres Parteipräsidentin der EVP war.

Das Ja-Komitee widerspricht. Von einer Salamitaktik könne keine Rede sein. Ziel sei die Gleichberechtigung, die gemäss Verfassung jedem Menschen unabhängig von seiner Lebensform zustehe. Die Befürworterinnen und Befürworter verweisen darauf, dass Kinder die Identität des Samenspenders erfahren können, sobald sie 18 Jahre alt sind. Die Eizellenspende und Leihmutterhaft sind nicht Teil der Vorlage: Sie bleiben in der Schweiz verboten.

«Ein Ideal, das nicht mehr zu retten ist»

Neue Familienformen seien längst Alltag, sagt Yv E. Nay von der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften. Studien zeigten einstimmig, dass für das Wohlergehen der Kinder nicht die sexuelle Präferenz der Eltern, sondern die Beziehungsqualität und das Klima in der Familie entscheidend seien. Nay beobachtet, dass in politischen Auseinandersetzungen um die Rechte der LGBTQ mit Kindern traditionelle Bilder heraufbeschworen werden, die mit der gelebten Realität von Regenbogenfamilien wenig zu tun haben. «Es wird immer noch an einem Ideal festgehalten, das eigentlich nicht mehr zu retten ist und das als solches, wenn überhaupt, dann nur sehr kurze Zeit existierte.»

Lesbische Paare, die eine Familie gründen, sollen mit der «Ehe für alle» Elternrechte ab Geburt erhalten. Zurzeit



Yv E. Nay sagt, punkto Familienbild werde «an einem Ideal festgehalten, das nicht mehr zu retten ist».

Foto Keystone



Kathrin Bertschy: «Die Familien mit zwei Müttern sind da. Sie sind mitten in unserer Gesellschaft.»

Foto Keystone



Maria von Känel:
«Die Gesellschaft hat sich deutlich gewandelt. Die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung will eine Gleichstellung.»

Foto Keystone



Marianne Streiff befürchtet Forderungen wie Leihmutterhaft oder Eizellenspenden: «Das geht einfach viel zu weit.»

Foto Keystone

Die «99-Prozent-Initiative»

Soll Kapitaleinkommen stärker besteuert werden? Um diese Frage geht es bei der sogenannten «99-Prozent-Initiative» der Jungsozialisten, über die das Volk ebenfalls am 26. September entscheiden wird. Die Initiative mit dem offiziellen Namen «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» sieht vor, dass Kapitalerträge wie Zinsen, Mieteinträge oder Dividenden einehalbmal so stark besteuert werden wie Lohneinkommen. Der Gesetzgeber soll allerdings einen jährlichen Freibetrag festlegen. Die Initianten denken dabei an 100 000 Franken. Mit den Mehreinnahmen sollen Personen entlastet werden, die wenig verdienen. Aber auch die soziale Wohlfahrt – Bereiche wie Bildung und Gesundheit – soll profitieren. (ERU)

wird nur die leibliche Mutter als solche anerkannt. Ihre Partnerin kann zwar eine Stiefkindadoption beantragen. Diese kann aber frühestens ein Jahr nach der Geburt des Kindes eingeleitet werden. Tatsächlich dauern solche Verfahren oft mehrere Jahre. «In dieser Zeit sind die betroffenen Kinder unzureichend abgesichert», gibt Maria von Känel zu bedenken. Die neue Gesetzesvorlage schaffe Rechtsgleichheit und nehme den Betroffenen einen grossen Leidensdruck. Sie gestehe homosexuellen Menschen viele weitere Grundrechte zu, die mit der eingetragenen Partnerschaft nicht abgedeckt würden: «Daher braucht es die «Ehe für alle» unbedingt.»

Zunehmende Akzeptanz

Die Chancen für ein klares Ja zur «Ehe für alle» an der Urne stehen gut. Dass diverse Familienformen gesellschaftlich zunehmend akzeptiert sind, belegt die vom Bund herausgegebene «Erhebung zu Familien und Generationen 2018». 58 Prozent der Frauen und 43 Prozent der Männer finden, dass ein Kind auch bei einem gleichgeschlechtlichen Paar glücklich aufwachsen kann. Mehr als die Hälfte der Befragten (65 Prozent der Frauen und 53 Prozent der Männer) sind der Meinung, dass homosexuelle Paare die gleichen Rechte haben sollten wie heterosexuelle. Eine Umfrage, welche das Meinungsforschungsinstitut GFS im Auftrag der Schwulen-Organisation pink cross durchgeführt hat, dokumentiert ebenfalls eine breite Akzeptanz. 63 Prozent der Teilnehmenden antworteten auf die Frage, ob sie für die «Ehe für alle» seien, mit «Ja», 18 Prozent mit «eher Ja». «Die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung will eine Gleichstellung», ist Maria von Känel überzeugt.

Das im Text verwendete Kürzel LGBTQ steht für: Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transpersonen und Queers, sprich Geschlechts-Uneindeutige.